

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Dienstag, 24. März 1936

Nr. 71

Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie

Stellungnahme der Partei zu den innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen

In der Sonntag, den 22. März, stattgefundenen Parteikonferenz wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Czich und nach einer regen Debatte folgende Entschließung angenommen, welche ein Arbeitsprogramm der Partei für die nächste Zeit darstellt:

Arbeitsbeschaffung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Tschechoslowakischen Republik ist hinter der Erholung, welche in der Weltwirtschaft zu verzeichnen ist, weit zurückgeblieben. Trotz erhöhtem Außenhandelsumsatz, trotz steigender Rohstoffzufuhr und trotz einer in manchen Produktionszweigen nicht unbedeutlichen Steigerung der Erzeugnisse dauert die schwere Depression an und geht vor allem die Massenarbeitslosigkeit nicht zurück, was um so bittere Folgen hat, als es sich um eine nun schon jahrelang andauernde Arbeitslosigkeit handelt, welche ihre Opfer physisch und moralisch vollkommen erschöpft hat, insbesondere die Jugend zur Verzweiflung treibt und der faschistischen Demagogie ausliefert.

Ohne zu verkennen, daß diese Situation zum Teil durch die fortwährende weltweite Krise verschuldet ist, daß sie zum Teil auch in der besonderen Abhängigkeit des tschechoslowakischen Exports von den Weltmarktverhältnissen begründet ist, sprechen wir aus, daß Regierung, Parlament und alle verantwortlichen Instanzen ihre Bemühungen zur Beseitigung der inneren Krisenursachen heiligen müssen. Die schwere Notlage aller arbeitenden Volksschichten erfordert energische Eingriffe zur Hebung der Produktion und damit der Konsumfähigkeit der Massen.

Zu diesem Zweck muß zunächst die öffentliche Arbeitsbeschaffung intensiviert werden. Die Konferenz begrüßt die eben in Verhandlung stehende Vorlage über die Baubewegung, fordert jedoch darüber hinaus die beschleunigte Inangriffnahme aller öffentlichen Investitionen und die Beschleunigung der Maßnahmen, welche durch Hilfe für die Selbstverwaltung der Bezirke und Gemeinden die Durchführung gemeinnütziger Arbeiten ermöglichen.

Die Hauptursache der teilweise zunehmenden Arbeitslosigkeit bei steigender Produktion beruht, daß die technische Rationalisierung trotz der Krise fortgeschritten ist. Diese Tatsache macht die Verkürzung der Arbeitszeit und damit die Wiedereingliederung eines Teiles der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß aus sozialen Erwägungen immer dringlicher und ausgleich ökonomisch möglich. Neben der Aufstellung des verfügbaren Arbeitspotentials auf eine größere Anzahl von Beschäftigten muß die Einstellung der sozial bedürftigsten Arbeitslosen durch die endliche Verwirklichung der obligatorischen Arbeitsvermittlung gesichert und zugleich dem Bestimmungswort und Betriebsterror ein Riegel vorgeschoben werden.

Nicht minder wichtig als die angeführten Maßnahmen ist die systematische Förderung des Exports.

Die Konferenz verweist neuerlich auf den ganz besonderen Notstand der industriellen Randgebiete des Staates

und fordert ihre volle Berücksichtigung sowohl bei allen sozialpolitischen Aktionen, als auch bei allen Maßnahmen, die auf die vermehrte Einstellung von Arbeitskräften abzielen. Bei allen diesen Aktionen dürfen ausschließlich das soziale Bedürfnis, keineswegs aber nationalitische oder sonstige Nebeninteressen maßgebend sein.

Stellungnahme zu den Zwangssyndikaten

Die Sozialdemokratie hält an ihrer Heberzeugung fest, daß nur eine planmäßige Regelung der Produktion auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, die allein die einseitige Leitung und Unterordnung unter die Interessen der Gesamtheit zu gewährleisten vermag, die Krise wirklich überwinden kann. Dabei verfährt sich die Konferenz, keineswegs der Erkenntnis, daß die zwangsmäßige Organisation einzelner Industriezweige

nützlich sein und insbesondere bei entsprechender Regelung der Exportförderung dienen kann. Wir widerlegen uns daher keineswegs grundsätzlich dem Gedanken der Zwangssyndizierung, wir müssen aber gegen die Form der Regelung, wie sie insbesondere in den derzeit abgeführten Verhandlungen über die Zwangssyndizierung in der Textilindustrie vorgeschlagen wird, die ernstesten Bedenken erheben. Wir erklaren

in dieser Form der Regelung eine schwere Schädigung der Arbeiter, der Konsumenten, aber auch der kleineren und mittleren Unternehmungen.

Die Konferenz fordert daher, daß die Erleichterung von Zwangssyndikaten nach einheitlichen gesetzlichen Grundsätzen erfolgt. Im Rahmen der Zwangssyndikate ist den zentralen Fachorganisationen der Arbeitnehmer der mitentscheidende Einfluß zu sichern. Voraussetzung der Syndizierung muß sein, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Kollektivverträge verbindlich geregelt sind.

Sollen die Zwangssyndikate zu einer Belebung des Inlandmarktes beitragen, dann müssen sie die Voraussetzung schaffen, daß ebendiese die Arbeitszeit ohne Lohnentfall ver-

fürzt werden kann. Ferner müssen durch gesetzliche Bestimmungen weitere Betriebsentstellungen und Massenentlassungen verhindert werden.

Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß, bevor Betriebsneugründungen, Betriebsverlagerungen und die technische Rationalisierung von Betrieben und Betriebsabteilungen bewilligt werden, im Einvernehmen mit den zentralen Fachorganisationen der Arbeiter geprüft wird, ob nicht einem stillgelegten Betriebe der gleichen Industrie im gleichen Gebiete die Wiederaufnahme der Produktion ermöglicht werden kann.

Die Konferenz macht darauf aufmerksam, daß im heurigen Jahre der Vertrag des Staates mit der Spiritusgesellschaft abläuft und fordert bei der Neuregelung der Spiritusbewirtschaftung die stärkere Berücksichtigung der öffentlichen Interessen. Ebenso fordert sie eine Revision der Bewertung des Holzes aus den staatlichen Forsten, deren gegenwärtige Form einer einzigen kapitalistischen Unternehmung große Gewinne zuschreibt.

Landwirtschaft

Die Konferenz bekräftigt die positive Einstellung der Sozialdemokratie zu einer planmäßigen Regelung der landwirtschaftlichen Produktion, fordert aber, daß dabei auf die Interessen der industriellen Produktion und vor allem auf den Schutz der Verbraucher Bedacht genommen wird. Ebenso entschieden verlangt sie den Schutz der Kleinbauern und Händler, insbesondere ihre volle Berücksichtigung bei den auf Verreiben der sozialistischen Parteien eingeleiteten Aktionen zur Beseitigung von Futtermitteln und die Ausgestaltung dieser Aktionen. Bei der geplanten Regelung des landwirtschaftlichen Ausgleichsverfahrens muß auf die Bedürfnisse der kleinen Landwirte, aber auch der

ländlichen Gewerbetreibenden Rücksicht genommen werden.

Sozialpolitische Forderungen

Die Konferenz ist sich bewußt, daß alle Maßnahmen zur Belebung der Produktion und zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weder die Arbeitslosigkeit dauernd aus der Welt schaffen, noch die Not der arbeitenden Menschen beseitigen können. Daher ist auch die Ausgestaltung des sozialpolitischen Schutzes notwendig. Die Konferenz begrüßt die Aktion des Gesundheitsministers für die erholungsbedürftigen Kinder der Arbeitslosen und verurteilt mit Entrüstung die Heiße der SDP gegen diese Aktion. Sie begrüßt die Mobilisierung des Kriegsschadigtenengesetzes, welche trotz mancher Mängel das Los vieler Kriegswaldbilder erleichtert wird, als eine Abschlagszahlung auf die Forderungen der sozialistischen Parteien. Sie begrüßt das Zustandekommen einer Einigung über die Sanierung der Runderlände und fordert, daß der Unausführbarkeit der Regelung Rechnung getragen und die vereinbarte Vorlage ebendiese der parlamentarischen Behandlung zugeführt wird.

Die Konferenz begrüßt die Aufrechterhaltung des Mietrechts für die wirtschaftlich Schwachen und die Rohhandelsgebiete. Sie fordert die Schaffung eines Mietausgleichsfonds für die Besitzer von Altbauquartieren, deren Wohnungen unter Mietrecht stehen.

Mit aller Entschiedenheit fordert die Konferenz die Verwirklichung der vom Fürstgenossen Genossen Nedas beantragten Vereinfachung und Verbesserung des Winter Systems. Sie verurteilt die unachtsame und unsoziale Liquidation gegen die sogenannten Saisonarbeiter, die da sie nur wenige Wochen im Jahre Beschäftigung finden und ihrer höheren Entlohnung längst verlustig gegangen

„Es gilt, die Zivilisation auf eine sichere Grundlage zu stellen“

Das Manifest der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Wie wir bereits berichtet haben, hat die in London tagende, gemeinsame Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Manifest an die Weltöffentlichkeit beschlossen, das wir im Auszuge bereits Sonntag veröffentlicht haben. Es ist aber notwendig, diese wichtige internationale Kundgebung im Wortlaut unseren Lesern zu übermitteln. Das Manifest lautet:

An alle Arbeiter! An alle freiheitsliebenden Männer und Frauen!

Wieder einmal droht der Welt ernste Gefahr für den Frieden. Wieder einmal will die Rassistik ihre Ziele durch Wortbruch erreichen. Nicht allein der Vertrag von Versailles ist rückwärts gerissen worden, sondern auch der Vertrag von Locarno, den Deutschland frei geschlossen und Hitler selbst noch im Mai des vergangenen Jahres ausdrücklich anerkannt hat.

Die internationale Arbeiterbewegung verurteilt auf das Schärfste diesen verbrecherischen Akt. Die Konferenz stellt mit Verdringung fest, daß der Völkerverbund den Bruch des Vertrages verurteilt hat. Würde ein solcher Bruch von Trenn und Glauben gebildet, so würde alles Vertrauen in internationale Verträge und das ganze System der kollektiven Sicherheit zerstört.

Der Zweck dieses jüngsten Gewaltaktes ist klar. Es ist die Vorbereitung zur Verfestigung der entmilitarisierten Zone und zur Errichtung von Flughäfen, also eine Vorstufe zum Angriff gegen friedliche Länder im Osten und Westen. Den Vorwand für diesen Bruch eines feierlichen Versprechens bildet die Behauptung, daß der französisch-russische Pakt mit dem Vertrag von Locarno in Widerspruch stehe.

Dies zu entscheiden, gibt es ein einfaches Mittel. Im Jahre 1933 hat Hitler die von seinen Vorgängern feierlich ausgesprochene Annahme der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes im Haag erneuert; man unterbreite also diese Streitfrage unverzüglich dem Haager Gerichtshof. Bei allen Verhandlungen mit Hitlers Abgeordneten aber sind es die friedliebenden Staaten innerhalb des Völkerverbundes, die den Inhalt und die Form

dieser Verhandlungen zu bestimmen haben. Wir können nicht zulassen, daß Hitler den Völkern vorschreibt, welche Vorschläge geprüft werden sollen und welche nicht.

Der Frieden der Welt ist in Gefahr. Es gilt, die Zivilisation auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Nur ein Mittel gibt es, sie zu sichern: die entschlossene Verwirklichung der kollektiven Sicherheit. Die Grundsätze des Vertrages von Locarno müssen verteidigt und erweitert werden; Das Gebiet ihrer Anwendung soll durch den Völkerverbund so weit wie möglich ausgedehnt werden. Der Frieden ist ein unteilbares Ganzes. Alle Staaten müssen sich ohne Zaudern zur Hilfeleistung für ein angegriffenes Land vereinigen. Ein Vertrag muß geschlossen werden, der diese Hilfeleistung sichert und schnelles und einseitiges Handeln zur Unterstützung jedes Opfers eines Angriffes verbietet. Der Vertrag muß allgemein sein, allen offenstehen, den Grundsätzen des Völkerverbundes entsprechen und darf dabei die Sowjetunion nicht ausschließen, wie Hitler es will.

Die internationale Arbeiterbewegung ist, wie sie im Falle des italienisch-äthiopischen Konfliktes erklärt hat, und noch heute erklärt, entschlossen, die Verfahren und Verantwortungen einer solchen kollektiven Organisation des Friedens auf sich zu nehmen. Diese Gefahren sind viel geringer als die jeder anderen Politik. Isolierung und das alte System der Militäralianzen führen schließlich zum Krieg. Ein verbrecherischer Angriff kann nicht durch einen moralischen Appell verhindert werden.

Jedem, der den Angriff wagen sollte, muß eine überlegene Macht entgegentreten. In der alle Länder entsprechend einem verbindlichen

Plan beitragen müssen. Gemäß diesem Zweck muß die Bewaffnung der einzelnen Staaten geregelt werden.

In der Verbesserung des Systems der kollektiven Sicherheit liegt die einzige Hoffnung auf eine erhebliche Verminderung dieser drückenden Last. Die Abschaffung der privaten Rüstungsindustrie und des privaten Waffenhandels würde die Sicherheit noch wirksamer gestalten.

Hitler sucht seine Angriffsbahnen unter Friedendebatierungen zu verdecken. Hitler spielt sich als Friedensstifter auf. Er kann die Aufrichtigkeit seiner Vorschläge nur dadurch beweisen, daß er im Einvernehmen mit den anderen Ländern seine Rüstungen durch ein internationales Abkommen begrenzt und sie internationaler Kontrolle unterwirft.

Ein Abkommen über die kollektive Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung und durch Abrüstung müßte die Grundlage bilden, auf der der Völkerverbund Deutschland mit gleichen Rechten zum Abschluß eines allgemeinen Vertrages auffordern soll. Deutschlands Weigerung würde der Welt ein unentwegtes Willens sein, die europäische Ordnung und den Frieden zu stören. Es wäre dann die Pflicht der anderen Regierungen und Völker, den Frieden ohne Hitlerdeutschland zu organisieren und alle Maßnahmen der kollektiven Sicherheit zu treffen, die notwendig sind, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Ein dauernder Friede kann nur begründet sein auf soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen des Krieges. Darum fordern wir, daß eine entschlossene Bemühung zur Beseitigung dieser Ursachen unternommen werde. Die Organisation des Völkerverbundes muß dementsprechend ausgebaut werden, da sie die freie und systematische Erörterung dieser wirtschaftlichen Probleme und eine wirksame Aktion zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter der ganzen Welt ermöglicht.

Wir rufen die Arbeiter auf, alle Kräfte anzuspannen, um den Faschismus überall zu schlagen und den Weltsozialismus zum Siege zu führen. Wir rufen alle Freunde der Freiheit und des Friedens auf, kraftvoll und unablässig den Kampf gegen den Krieg zu führen. Wir müssen das Gefühl der internationalen Solidarität härten. Wir fordern die ungeschlossenen Organisationen auf, alles zu tun, um alle Kräfte, die von gleichem Willen erfüllt sind, zu einer gewaltigen Bemühung zusammenzufassen.

und, den Charakter als Saisonarbeiter verloren haben. Ebenso wendet sich die Konferenz mit aller Entschiedenheit gegen alle Kleinlichen Schikanierungen der Arbeitslosen bei der Durchführung der staatlichen Ernährungsaktion sowie gegen alle willkürlichen Streichungen und fordert die ausreichende Dotierung dieser Aktion und der sie begleitenden Hilfsaktionen. Mit allem Nachdruck verlangt die Konferenz die endliche Verwirklichung des Antrages auf Einbeziehung der Jugendligen in die Ernährungsaktion.

Politische Aufgaben

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller arbeitenden Schichten des Volkes auf die entscheidende Tatsache, daß alle diese Forderungen, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Volksmassen nur durchgeführt werden können durch den Kampf gegen die kapitalistische Oberherrschaft. Diese Erkenntnis hat die jüngste Arbeitertagung der

Sudetendeutschen Partei

in Tschchien nicht widerlegt, sondern im Gegenteil erneut bestätigt. Denn dieser Tagung ist ein sozialpolitisches Programm vorgelegt worden, das in allen seinen Teilen im Wesen aus sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Forderungen entlehnt ist, aber es wurde kein Weg gezeigt und es konnte kein Weg gezeigt werden, ein solches Programm, das mit den Klasseninteressen des kapitalistischen Unternehmertums unvereinbar ist, in Widerspruch geraten muß, im Wege der „Volksgemeinschaft“ zu verwirklichen. Die Spiegelfechterei des Ausschusses unsozialer Unternehmer aus der Sudetendeutschen Partei, der diese ebensowenig zu einem sozialen Verhalten veranlassen wird, wie ihre Mitgliedschaft, kann den Kampf um soziale Rechte nicht einmal zum Schein erleben. Sie bedeutet nichts anderes als eine Nachahmung der „sozialen Ehrengerichtbarkeit“ im Dritten Reich, mit der die Arbeiter über den Verlust der gewerkschaftlichen Freiheit und die Zerschmetterung ihrer sozialpolitischen Einrichtungen hinweggetäuscht werden sollen. Das Spiel der Sudetendeutschen Partei mit den Gefühlen der Arbeiter ist nur ein Mittel mehr, um die Schmach der Rassen nach Verbesserung ihres Loses zu reaktionären Zwecken zu mithrauchen. Denn in allen ihren Handlungen war die Sudetendeutsche Partei nichts anderes als ein Werkzeug der kapitalistischen und nationalistischen Reaktion.

Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei

hat erneut bewiesen, daß sie für den Zusammenschluß der demokratischen Kräfte noch immer nicht in Betracht kommt. Nach einem kurzen und schüchternen Anlauf zu einer verantwortungsbewussten Politik ist die kommunistische Partei auf den Weg der hemmungslösen Demagogie zurückgekehrt, die der antimarxistischen Propaganda geradezu täglich neue Stichworte liefert. Indem die Partei auf das Kommandowort eines einzigen Menschen willenlos und wurdelos, unter Verleugnung und Schmähung ihrer Handlungen vorgeht, in die alte, „neue Linie“ einwenkt, hat sie bewiesen, daß sie für andere politische Parteien kein seriöser Verhandlungspartner ist. Indem sie zu der Methode der Beschimpfung der Sozialdemokratie zurückkehrt, hat sie erneut darge-

legt, daß sie in Wirklichkeit das Hindernis der proletarischen Einigung ist.

Demgegenüber wird die sozialdemokratische Partei in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften des Landes und insbesondere in enger Verbindung mit den Parteien des demokratischen Sozialismus im tschechoslowakischen Volke ihren Kampf um den Wiederaufbau der Produktion, um den sozialen Schutz der Massen, um die Erhaltung der Demokratie und um die

Hitlers Antwort nicht vor Mittwoch?

Ungünstiger Eindruck in Paris

Berlin. Der Neuterberichterstatter will erfahren haben, daß die Antwort Hitlers wahrscheinlich nicht vor dem Mittwoch übergeben werden wird. Wie das Deutsche Nachrichtenbüro erfährt, wird sich Vorkäufer v. Ribbentrop im Laufe des Dienstag nach London zurückbegeben.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Mail“ Ward Price, der mittels Flugzeuges nach Berlin reiste und den deutschen Reichskanzler nach Breslau begleitete, berichtet, daß die Vorschläge der Locarnomächte an deutsche Regierungsteilnehmern als „unzulässige Ueberreste des Versailler Geistes“ bezeichnet werden.

Paris. Der Umstand, daß Kanzler Hitler in seiner Potsdamer Rede keine direkte Anspielung auf die Londoner Vorschläge der Rheinpakt-Signatäre gemacht hat, wird in Paris als beunruhigend erachtet. Man glaubt, daß Hitler durch allerlei Verzögerungen versuchen wird, die Antwort bis zum sonntägigen Plebiszit hinauszuziehen. Dieses „Hinausziehen auf der ganzen Linie“ erweckt, wie in Paris unter Hinweis auf die Hinauszögerung der Beratungen des Völkerkongresses und des Dreizehnerausschusses erklärt wird, einen ungünstigen Eindruck. Der Staatsminister Paul-Boncour weist ständig in London, aber bei der gegebenen Lage ist es nicht bekannt, wann Außenminister Riancho nach London reist.

Die Linke, hauptsächlich die Sozialisten, protestieren scharf dagegen, daß Frankreich eine Anregung durch die Tat gebe oder daß es sich in tätiger Weise an der Vertagung oder sogar an der Widderrufung der Sanktionen gegen Italien beteilige.

Neue britische Intervention

Berlin. Im Anschluß an die sonntägige erste Besprechung Hitlers mit dem Sonderbotschafter von Ribbentrop hatte der britische Botschafter Sir Phypers in den Abendstunden noch eine längere telefonische Unterredung mit dem deutschen Außenminister von Neurath. Hierbei hat, wie das Neuterbüro bereits berichtet hat, Botschafter Phypers den deutschen Außenminister nochmals dringend, daß Deutschland das Memorandum der Locarno-Mächte in der vorliegenden Form annehme. Er hat nochmals darauf hingewiesen, daß die internationale Polizeitruppe doch nur eine provisorische Einrichtung wäre, die natürlich vorübergehenden Charakter haben würde, ebenso wie seinerzeit die internationale Polizeitruppe während der Saarabstimmung.

Herr von Neurath hat dem Vernehmen nach die Mitteilungen des britischen Botschafters lehrreserviert angehört.

Verständigung der Völker im Staate und in der internationalen Politik unbeeinträchtigt fortsetzen.

Die Parteikonferenz anerkennt, daß der Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung diesen Zielen pflichtbewußt und unermüdet gedient haben und beauftragt sie, ihre Arbeit im Interesse der Republik und der Demokratie, der Sicherung des Friedens, des wirtschaftlichen Aufbaues und des sozialen Aufstieges der Massen weiterzuführen.

Auch Mussolini

läßt sich Zeit

Paris. An den politischen Stellen in Paris beginnt der Umstand eine gewisse Verwunderung zu erwecken, daß die italienische Regierung noch nicht ihre Zustimmung zu dem Memorandum der vier Signatarstaaten des Rheinpakt gegeben hat. Es wird dies dahin ausgelegt, daß Italien die Entscheidung des Dreizehner-Ausschusses über die Sanktionen abwartet. Auch der Neuter-Korrespondent ist der Auffassung, daß Mussolini bemüht ist, die Locarnofrage zum Handelsgegenstand im Hinblick auf die Sanktionen zu machen.

Angriffe gegen England

Biel vermerkt wird eine Rede Mussolinis vor den Vertretern der italienischen nationalen Korporationen, in der er u. a. erklärte: Wir leben in der Zeit des Krieges unter Umständen, unter denen 52 Länder Italiens, wie dies ein einziger Staat gewünscht hat, belagern. In diesem fünften Monat der Belagerung Italiens, die ein Reich der Schande in der Geschichte Europas bleiben wird, ebenso wie die Abessinien gewährte moralische und materielle Unterstützung eine Seite der Unehrenhaftigkeit in Italien nicht nur nicht gebührend,

Sechs Tote bei Arbeiterdemonstrationen in Krakau

Polizei schießt an zwei Stellen in die Menge

Krakau. Die Stadt Krakau war am Montag der Schauplatz schwerer Arbeiterunruhen und Straßendemonstrationen, die nach den bisher vorliegenden Meldungen sechs Todesopfer und gegen 50 Schwer- und Leichtverletzte forderten. Die polnische sozialistische Partei hatte in den Morgenstunden einen eintägigen Proteststreik der Krakauer Arbeiterschaft zwecks Unterstützung des Lohnkampfes der Arbeiter in den großen Gummiwerken „Semperit“ proklamiert.

Der Proteststreik nahm in den Vormittagsstunden zunächst einen ruhigen Verlauf. Erst in den Nachmittagstunden, als eine von der Streikleitung einberufene Versammlung abgehalten worden war, formierte sich trotz dem Abraten der Leitung der Partei ein Demonstrationzug, der vor das Wojwodschafsbauwerk marschierte, um auch hier eine Protestkundgebung zu veranstalten. Die Polizei sperrte den Demonstranten den Weg und machte schließlich von der Schusswaffe Gebrauch. Auch in der Nähe des Ge-

sendern imstande, neuerdings zu wiederholen, daß die Belagerung es niemals demütigen wird.

Friedensführer des Dreizehner-Ausschusses

London. Der Dreizehner-Ausschuss hat am Montag eine Resolution angenommen, durch die Mobariga und Aveni damit beauftragt werden, mit Italien und Abessinien in Verbindung zu treten, um es so dem Ausschuss zu ermöglichen, eine Unterredung mit beiden kritischen Parteien zu vermitteln und im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste des Völkerbündnisses eine schnelle Beendigung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens zu verwirklichen. Ueber die Sanktionen wurde nicht verhandelt.

Am Nachmittag fanden bereits Unterredungen des italienischen Botschafters Grandi mit Mobariga und Aveni statt.

Das „zufriedenste Volk der Welt“

Berlin. (AP.) Adrecht Forstmann, der Mitarbeiter von Hef, dessen gegen Schacht gerichtete Broschüre „Der Kampf um den internationalen Handel“ mit ihrer Forderung einer 70prozentigen Markabwertung großes Aufsehen erregt hatte, ist verhaftet worden.

Berlin. (AP.) In der letzten Zeit haben in allen Teilen des Reiches wieder Massenverhaftungen stattgefunden. Zeitungsbesitzer sind in Düsseldorf 500, in München 250, in Weiz (Sachsen) 150, in Magdeburg 50 Verhaftungen erfolgt. In Leipzig beträgt die Zahl der Befragten mehrere Hundert. In Hamburg wurden bei Blohm u. Voß 45 Arbeiter verhaftet. Ähnliche Nachrichten kommen aus Dresden, Berlin, Nürnberg, Chemnitz und Bielefeld. In 40 deutschen Großstädten beträgt die Zahl der Verhafteten insgesamt etwa 4000. Diese Aktion erstreckt sich aber auch auf die Kleinstädte. In 27 sächsischen kleineren Orten sind circa 550 Mann in den letzten zwei Wochen verhaftet worden.

häuses der Handels- und Gewerbekammer, das unweit des Wojwodschafsbauwerkes gelegen ist, kam es zu Zusammenstößen, wobei die Polizei schoß.

Bei den beiden Zusammenstößen wurden sechs Personen getötet und gegen 50 verletzt. Auf Seite der Polizei gab es 11 Verletzte. Während die Polizei gegen die Demonstranten vorging, kam es in einigen Teilen der Stadt zu Ausschreitungen, wobei mehrere Geschäftsläden im Zentrum der Stadt demoliert wurden. Ferner warfen die Demonstranten mehrere elektrische Straßenbahnwagen und Autobusse um. Die Unruhen dauerten bis in die späten Abendstunden an. Die Polizei nahm Massenverhaftungen vor. Die Lage in der Stadt ist noch immer sehr gespannt und es besteht die Befürchtung, daß sich die Unruhen infolge der großen Erbitterung unter der Arbeiterschaft in den Nachtstunden wiederholen werden. Alle öffentlichen Gebäude in der Stadt sind durch starke Polizeieinheiten bewacht.

41
MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN
Roman von Manfred Georg
Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

Schumann nickte schwach mit dem Kopf, wollte etwas fragen, dämmerte aber schon wieder ein. Doch die Krise war überwunden. In den folgenden Tagen erholte er sich zusehends. Er bat den Bankier zu sich:
„Was hören Sie von Gaydée?“
„Während der Aufbruchzeit ist sie entkommen. Das Untersuchungsgefängnis war während vier Stunden ohne Herren. Heute kam dieser Brief für Sie.“
Er stammte aus Paris und hatte ganz kurz folgenden Inhalt:
„Lieber, schreibe Rutter, wo und wann wir uns treffen können. Bin gesund und sehr glücklich. Deine Gaydée.“
Der Arzt hielt nur noch fünf Tage Aufenthalt für notwendig. Schumann hat Gaydée nach Genua. Von dort wollte er mit ihr nach Wien zurückfahren.
Als er sie am Bahnsteig stehen sah, küßte und spand, in ihrem wehenden Sommerkleid, erfüllte ihn eine wilde Freude. Sie gingen wortlos nebeneinander durch die gemauerten Gassen, freuten sich an den bunten Wäschequirlen, die hoch oben in allen Farben kimpelten, ahnen in einer kleinen Delikatessensbude vielerlei Fischzeug, das beim Fackelschein in der Nacht aus dem Meer heraufgeholt worden war und fuhrten mit der Bahn schließlich hinaus nach Kerd.

er eine Handbewegung, die alles abschneidete. Er fügte nur ganz kurz hinzu:
„Gabriele ist tot.“
Sie gingen den schmalen Pfad an den Felsen entlang, von Palmen überweht. Das Meer schäumte frisch und stark heran und warf seinen Gischt in kleinen Sprühen hoch hinauf bis vor ihre Füße. Mit einem Male sagte er:
„Du kannst mir jetzt übrigens sagen, warum Du Kardrier bestohlen hast. Ich habe auch eine Rechnung mit ihm, und ich möchte auf jeden Fall, daß er sie bezahlt.“
„So, eine Rechnung? Jetzt hast Du eine Rechnung? Und bisher hattest Du keine?“
Er verstand und biß sich auf die Lippen:
„Damals liehest Du Dich nicht halten.“
„Ich habe jeden Schritt bis zu dem Hotel gezählt. Ich dachte, Du würdest nachkommen. Noch auf der Treppe drehte ich mich um, ob Du nicht aufstauet. Aber Du liebtest Gabriele.“
„Ich kannte sie ja gar nicht. Es muß etwas anderes gewesen sein.“
„Und jetzt liebst Du Rudolf und wirst Thessa lieben. Du würdest mich noch einmal zu Kardrier schicken!“
„Ja, aber mit einem anderen Auftrag. Jetzt aber: was stahlst Du Kardrier?“
„Eine Liste.“
Er glaubte seinen Ohren nicht zu trauen:
„Eine Liste? Ja, was hast Du für ein Interesse an irgendeiner Liste? Wer hand denn darauf?“
„Hundertzwanzig Decknamen mit Deckadressen von Unteragenten Kardriers.“
„Was erzählst Du mir da für Märchengeschichten! Wozu braucht dieser Scharlatan Agenten?“
„Das weiß ich auch nicht. Vielleicht für seine Experimente, damit er überall schon vorher weiß, was am Orte los ist, in den er kommt.“
„Und was willst du damit?“

„Ach, das war doch gar nicht für mich, sondern für meinen Kameraden, den du kennst.“
„Du lägst doch wie gedrückt. Wer soll dir denn das glauben? Willst du mir vielleicht gefälligst sagen, was dein Freund an solcher Liste für ein Interesse hat?“
„Ich glaube, er will ihn in der Zeitung entlarven. Er will sich Geld damit verdienen. Ihn interessieren die Anfälle solcher falschen Ostultiken.“
„Also hast du das gar nicht für mich getan?“
„Damals hast du das ja nicht gewußt.“
„Und wegen solcher Liste kann dich Kardrier verhaften lassen?“
„Vielleicht hat er etwas anderes angegeben. Aber frag mich, bitte, nicht weiter. Die Dinge sind doch vorbei.“
Als er nach Wien zurückkam, war im sich überschlagenden Wirbel der europäischen Ereignisse dieses Jahres die Geschäftskonjunktur für Makropulos noch gestiegen. Er arbeitete in seinem Büro vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Hilfskräfte waren eingestellt. Die Aufträge und Verhandlungen folgten einander ohne abzubrechen.
„Sie haben Ihre Sache in Spanien sehr gut gemacht“, begrüßte Makropulos Schumann aus seinem Diktat heraus, das er gerade einer kahnmäßig und uninteressiert dreinschauenden Stenotypistin gab.
„Girobels hat mir berichtet. Aber daß es Sie auch erwischen mußte dabei! Mühselpech! Na, nun sind Sie ja wohl so weit, daß wir Sie wieder einspannen können. Ihr Besuch bei Du-naimis, grohartig! Alle eingehenden Kreise sprechen davon, daß Sie Vollmachten hätten.“
Da in seiner Stimme Zweifel lagen, reichte ihm Schumann sein Papier.
Makropulos studierte es sorgsam. Viel länger als er zum Lesen brauchte. Er verborg offenbar sein Mißbehagen, aber er gab es ihm nur mit einem lächelnden Junken zurück und winkte der

Stenotypistin, hinauszugehen. Dann zog er ein Antje an, falkete die Hände darum und lehnte sich gutlich:
„Wir haben bereits die nötigen Waffenmengen, die wir nach Rußland importieren möchten, in den einzelnen Nachbarstaaten aufgeteilt. . . Sie sind in der Obhut von Personen, die im großen und ganzen zuverlässig sind. An verdächtigen Stellen sind es Regierungsbeamte. Also Überraschungen sind nicht zu fürchten. Auch die Verbreitung von Unwillen und Unruhe in den betreffenden russischen Grenzgebieten ist ziemlich vorangefahren. Sie ist ja bei einem gewissen Prozentsatz der Bevölkerung immer latent gewesen, aber die Ohnmacht, keine Waffen zu haben, hatte die Mut nie ausbrechen lassen. Jetzt horden sie und spüren die Obren, haben sogar schon wieder ein paar Formationen alter Weighgardisten und Kosaken zusammen. Wir werden ihnen hochqualifizierte Waffen und Flugzeuge geben, alles hängt von der Technik der Ueberrumpelung ab. Aus Japan melden unsere Agenten ein immer rascheres Anwachsen der neuen Feindlandoffensive und eine fast hundertprozentige geheime Mobilisierung für die nächste Zeit. Wir haben schon tüchtig in punkto Sabotage gearbeitet, aber die großen alarmierenden Ereignisse zu schaffen, das ist Ihre Sache! Alle Details wird Ihnen unser Vertrauensmann, Herr Kardrier, geben, der Sie heute nachmittags auffuchen wird. Und jetzt haben Sie plein pouvoir! Ah und zu lassen Sie mir wohl die notwendigen Stichworte mitteilen.“
„Verzeihung, sagten Sie Kardrier?“ fragte Schumann und spähte von Kopf bis Fuß ein Erleuchten der Sinne. „Kardrier? Das ist doch der Varietékünstler, so ein Hellscher?“
„Auch, auch. Aber wirklich Geld verdient er nur mit uns. Als reisender Artist ist er unauffällig.“
(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Donnerstag Schlußverhandlungen mit den Slowaken

Unsere Parteikonferenz

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik hielt Sonntag, den 22. März, im Radioaal in Prag eine Konferenz ab, an der 142 Vertrauensmänner der Partei aus deren gesamten Organisationsgebieten teilnahmen.

Eröffnet wurde die Tagung gegen 9 Uhr vormittags vom Abgeordneten Genossen De Witte-Karlöbad, der einleitend gegen die Rechtsmodie, die augenblicklich in Wien beim Prozeß gegen die Sozialisten aufgeführt wird, protestierte und den Angeklagten ein herzliches Freundeschaft der Konferenz und der gesamten Partei erbot. Diese Sympathieumgebung soll ein feierliches Gedenkbild aller deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei sein, mit welchem die wieder bald überall die Fahne der Menschlichkeit, der Freiheit und des Sozialismus wehe. Gleichzeitig erhebt die Konferenz flammenden Protest gegen die grausame Verurteilung unseres Jugendgenossen K o r a d G e r s h-Warnsdorf, der von einem Vertreter des Dritten Reiches auf zehn Jahre ins Zuchthaus gesteckt wurde. Alle Teilnehmer der Konferenz, so sagte Genosse De Witte, sind der Ueberzeugung, daß der verurteilte Genosse die Freiheit früher als in zehn Jahren sehen wird.

Genosse De Witte beantragte die übliche Geschäftsordnung und eine Antragsprüfungskommission, in welcher jeder Kreis einen Vertreter hat und in die der Parteivorstand die Genossen Jaksch, Heller, Taub und Wiener entsendet.

Das politische Hauptreferat erstattete
Genosse Dr. Czech

Er führte u. a. aus: Europa erlebt hange Stunden und wir wären beinahe in einen Krieg hineingefallert. Es ist das Verbrechen des reichsdeutschen Faschismus, die Brandfackel des Krieges in unseren Erdteil geschleudert zu haben. Die wachsenden Spannungen im Innern liehen Hitler keinen anderen Ausweg übrig, als durch Aufspaltung der nationalistischen Leidenschaften einen Teil des Volkes vor seinen Kriegswagen zu spannen. Die Tschechoslowakei muß treu zu ihren Verbündeten stehen und mit ihnen zusammen den Frieden Europas aufrecht erhalten.

Im entscheidenden Augenblick wird der deutsche Faschismus vor der einheitlichen Aktion der demokratischen Parteien der Tschechoslowakei stehen.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wird sich mit allen sozialistischen und demokratischen Parteien zum Kampfe gegen den Faschismus vereinigen, denn es ist ihr bewußt, daß es ohne Niederwerfung der faschistischen Kräfte keine Befriedung der Welt gibt.

Wir können aber nur vordrücken im Kampfe gegen den Faschismus, wenn wir uns die wirtschaftlichen Kräfte unseres Landes nutzbar machen.

Wir können den Faschismus nicht Herr werden, ohne Neuordnung der Wirtschaft in Europa und bei uns.

Auf diesem Wege liegen die Bemühungen nach Schaffung größerer Wirtschaftskammern, besonders in Mittel- und Südeuropa. Gerade bei uns haben wir mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, gegenüber anderen Staaten kommt unsere Wirtschaft nur langsam vorwärts. An der Katastrophe im deutschen Gebiet hat sich fast nichts geändert und wir erheben deswegen von dieser Stelle aus laut und vernehmlich den Ruf nach entscheidenden Abwehrmaßnahmen. Diese Aufforderung richten wir nicht nur an den Staat, sondern auch an die Unternehmer, welche uns in dieser Beziehung alles schuldig geblieben sind. Verschärft wird die Situation dadurch, daß die der Sudetendeutschen Partei angehörenden Unternehmer versuchen, an Stelle freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter solche zu bringen, die den der Sudetendeutschen Partei nahelebenden Gewerkschaften angehören. Andererseits ist jede dem Deutschen weggenommene Arbeitsstelle in der öffentlichen Verwaltung eine Agitation für den deutschen Nationalismus.

Insolange wir den Massen nicht Arbeit schaffen können, müssen wir in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht für sie sorgen. All das müssen wir in der Koalition erkämpfen. Jede Entscheidung, die eine der Gruppen der Koalition betrifft, muß im Kampfe erarbeitet werden. Das Leben in der Koalition war für uns manchmal schwer zu tragen. Aber

da wir vor die Aufgabe gestellt worden sind, das Land vor dem Zugriff der faschistischen Gewalten zu bewahren, haben wir alles getan, um dem Faschismus den Weg zur Regierung zu versperren.

Aufs tiefste beklagen wir, daß die Kräfte der Arbeiterbewegung gespalten und dadurch ihre Schlagkraft geschwächt worden ist. Das gilt international und innenpolitisch. Die sozialdemokratische Bewegung ist durch den kommunistischen Einbruch furchtbar geschädigt worden. Niemals hätten sich die kapitalistischen Klassen so emporgearbeitet, wenn die kommunistische Partei nicht ihre Zentralaufgabe darin erblickt hätte, ihre ganze Kraft auf die Zerkümmung der soziali-

stischen Parteien zu verwenden, anstatt sie dem kapitalistischen und faschistischen Gegner entgegenzusetzen.

So stand die deutsche Sozialdemokratie während ihrer Zugehörigkeit zur Koalition im konzentrischen Feuer, um so höher ist es zu werden, daß es ihr dennoch gelang, die sozialen Rechte der sudetendeutschen Arbeiterklasse zu sichern und deren demokratische Freiheiten zu erhalten, von ihr jenes Unglück abzuhalten, das über einige sozialistische Parteien herein gebrochen ist.

In den Reden des kommunistischen Abgeordneten Gotwald und in der für den Parteitag dieser Partei vorbereiteten Resolution kommt zum Ausdruck, daß die Kommunisten nichts anderes wollen, als die sozialdemokratischen Arbeiter unter ihre Vormachtigkeit zu bringen. Dazu geben wir die deutsche Arbeiterklasse nicht her und wir werden uns nicht von den Kommunisten abbringen lassen in der Verteidigung des Staates und der demokratischen Rechte der Arbeiter.

Was die Sudetendeutsche Partei betrifft, hat sich diese durch die sogenannte „Kulturred“ Henleins entlarvt. Sofern danach noch ein Zweifel über den nationalsozialistischen Charakter dieser Bewegung übrig geblieben ist, hat dieser Charakter der Beifall der Presse dieser Partei zum Gewaltstreich Hitlers enthüllt.

Der deutschen Sozialdemokratie erwächst die historische Aufgabe, die sudetendeutsche Bevölkerung vor der Katastrophe zu bewahren, in die sie die SdP. hineintreibt.

Wir müssen die Arbeiter, die in die Klauen der Henleinbewegung geraten sind, dieser wieder entreißen und ihnen zeigen, welcher Betrug an ihnen begangen wird. Wir haben dem Herrn Henlein in unserer Presse Unterlagen gegeben, um sein Versprechen zu erfüllen, jeden, der sich unsozialen Verhaltens schuldig macht, aus seiner Partei auszuschließen. Wir warten vergebens. Nach wie

Hitler-Propaganda in unseren Schulen Die 1. Mädchen-Bürgerschule in Teplitz-Schönau als Beispiel

So oft wir feststellen, daß in unseren Schulen teilweise ein Unterricht erteilt wird, der im Gegensatz zur Demokratie steht, dann schreiben alle Henlein-Blätter auf und erklären uns als Volksfeinde. Trotzdem werden wir mit unserer Kritik nicht aufhören, so lange der große Teil der deutschen Lehrer sich in der Verherrlichung des Hitlerismus nicht genug tun kann. Aber auch unsere Schulbehörden sind bei der Behandlung derartiger Fragen sehr nachsichtig und finden für jede derartige Handlung eine Entschuldigung.

Wir wollen heute an einem Beispiel aufzeigen, wie eine Lehrperson sich nicht genug tun kann in der Verherrlichung des Reichskanzlers Hitler. Wir sind überzeugt, daß dieselbe Lehrperson bei Besprechung unserer Staatspräsidentennichtendenzehnten Teil von Begeisterung aufbringt.

In der vorigen Woche erhielten die Schülerinnen der 1. Mädchenbürgerschule in Teplitz-Schönau, Kapellengasse, in der 1. Klasse a und b eine

Schulaufgabe über die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen.

Die Art und Weise, wie das vorgetragen wurde und wie den Kindern die Schlagworte angegeben wurden, zeigen ganz deutlich, daß es nicht allein um eine Beschreibung der Winterspiele ging, sondern, daß besonderer Wert darauf gelegt wurde, daß Adolf Hitler die Spiele eröffnet hat. Darauf wurde dann noch ein zweiseitiges Bild hingewiesen. Warum die doppelte Feststellung?

Damit aber unsere Leser sehen, wie dies gemacht wird, wollen wir den Namen der Auf-

gabe, wie er von der Lehrperson auf die Tafel geschrieben wurde, wiedergeben, er hatte folgenden Wortlaut:

Eröffnung am 6. Februar durch Reichskanzler Adolf Hitler. — Geschlossen am 16. Februar. — 28 Nationen nahmen teil. — Riesenarena 60.000 Menschen. — 11 Uhr Beginn der Eröffnung. — Musikpfeifen spielen die nationalen Hymnen. — Mitsingen der Märschen, ein Orkan des Jubels. — Die Wettkämpfer der 28 Nationen setzen sich in Bewegung. — An der Spitze stand Griechenland, gefolgt von Australien, Belgien, Bulgarien usw. Jede Nation empfing mit Beifall. — Aufstellung der Alleen. — Reichskanzler Hitler erklärt die Olympischen Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen für eröffnet. — Erheben der Olympischen Hymne. — Trüben der Salven. — Klingeln der Glocken. — Aufklappen des Olympischen Feuers. — Öffnung der Olympischen Fackel mit den fünf Ringen. — Leitung des Schwures durch Skimeister Willi Sogner. — Abmarsch der Nationen.

Wir glauben, daß durch derartige Lehrmethoden keine Staatsbürger im Sinne der Republik und Demokratie erzogen werden! Derartige Lehrmethoden sind politischer Unterricht, der nach unserer Auffassung nicht in die Schule gehört. Wie möchten denn die Herrschaften des böllischen Lehrervereines sich entrichten, wenn ein sozialdemokratisches Gymnasium Lehrer seine politische Gesinnung in derart aufdringlicher Weise im Unterricht zur Anwendung brachte, wie es hier diese Lehrperson tut?

Diese Hakenkreuz-Weisungen müßten restlos aus dem Schulunterricht entfernt werden.

Wir sind neugierig, was die zuständigen Schulbehörden in diesem Falle tun werden.

Grundstücke für Arbeitslose. Die Stadtvertretung von Turn hat beschlossen, den Arbeitslosen 20.000 Quadratmeter Boden Leihweise zu überlassen, um ihnen den Anbau von Gemüse und Kartoffeln zu ermöglichen.

Nun das Egerer Elektrizitätswerk. Aus Eger wird uns berichtet: Das städtische Elektrizitätswerk in Eger war bisher an die E. L. G. (Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft) in der Form verpachtet gewesen, daß die E. L. G. nach dem zwischen ihr und der Stadtgemeinde abgeschlossenen Uebereinkommen verpflichtet war, einen bestimmten Anteil des Reingewinnes an die Stadtkasse abzuführen. Da sich nun in der letzten Zeit ergab, daß diese von der E. L. G. zu leistenden Zahlungen immer kleiner wurden, obwohl der Stromverbrauch durchaus stabil geblieben ist, hat sich die Stadtgemeinde Eger entschlossen, nachdem auch das jeweils von 5 zu 5 Jahren laufende Uebereinkommen mit der E. L. G. cheftens abläuft, das Elektrizitätswerk entweder in Eigenregie zu übernehmen oder eine Neupachtung zu günstigeren Bedingungen zu erzielen. Da sich für das Unternehmen schon seit einiger Zeit auch das Rieser gemeinnützige Werk interessiert, wurden mit der E. L. G. Verhandlungen hinsichtlich der Leistung einer höheren Entschädigung an die Stadtgemeinde geführt, die insofern erfolgreich verliefen, als sich die Gesellschaft zu neuen Zugeständnissen bereit erklärt hat. Das Unternehmen in Ries hat der Stadtgemeinde Eger gleichfalls ein recht günstiges Angebot unterbreitet, so daß es wahrscheinlich zu einer Übernahme des Elektrizitätswerkes in die Eigenregie der Stadt nicht kommen dürfte; dagegen wird die Geschäftsleitung des Egerer Elektrizitätswerkes unter zweifellos besseren Bedingungen als bisher an eine der beiden im Wettbewerb um das Egerer EW stehenden Unternehmungen übergeben werden.

Rechnungserlage im tschechischen Studentenverband. Sonntag, in der Nacht auf Montag und Montag Vormittag hielt der Zentralverband der tschechoslowakischen Studentenschaft in Brünn seine Generalversammlung ab. Im Mittelpunkt stand die Debatte über die Möglichkeit der Einführung einer Verhältnis-Vertretung. Der von der Rechten beherrschte Prager Verband erhob dagegen prinzipielle Einwendungen. Die Verhandlungen nahmen einen derart erregten Charakter an, daß Montag um 6 Uhr früh die Tagung in ein anderes Lokal verlegt werden mußte. Nach zweimaligem Wahlgang siegte bei der Wahl des Vorsitzenden der Kandidat des demokratischen Blods mit einem Stimmenverhältnis von 352 zu 225. Die weiteren Verhandlungen wurden in Abwesenheit der Vertreter des Prager Verbandes beendet. Die Leitung der zentralen tschechischen Studentenorganisation ist damit den Händen der nationalsozialistischen Rechten entwunden.

Der neue Gesandte der Französischen Republik De Lacroix ist Sonntag mit Gattin und Familie um 6 Uhr abends in Prag eingetroffen.

Christlichsoziale schärfer gegen Henlein Politisierter Katholizismus

Am Sonntag erstattete bei einer Kundgebung der deutschen Katholiken in Pilsen der Geschäftsführer des Deutschen katholischen Akademikerverbandes, Direktor Josef J a t, ein Referat, dem eine gewisse Bedeutung nicht nur für die sudetendeutsche Politik zukommt. Der christlichsoziale Sprecher erklärte — hierin sichtlich von der Politik des Hilgenreiner-Flügels abhängend — ganz dezidiert, daß die sudetendeutschen Katholiken den Nationalsozialismus als Weltanschauung ablehnen und zwar im Hinblick auf die eigene christlich-religiöse Weltanschauung, die Kirche, Staat und Nationen Gott als dem einzigem Wert unterordnen. Und als eine verächtliche Kampfanlage gegen Henlein ist es zunächst anzusehen, daß nach der geäußerten Ueberzeugung Jats der Einfluß des Katholizismus insbesondere in dieser Zeit auch vor der Politik nicht

h a l t m a c h e n dürfe. Zu dem religiösen Katholizismus als christlicher Grundlage müsse der politische Katholizismus treten. In diesem Zusammenhang polemisierte J a t gegen die Prager „Kultur“-Rede Henleins und wies unter anderem die Phrase vom politisierenden Geistlichen zurück; der sudetendeutsche Priester habe ein Recht, sich auch zu öffentlichen Fragen zu äußern. Im übrigen betonte J a t den katholischen Willen zu Frieden und Völkerverständnis und die Notwendigkeit eines regen Kultur- und geistigen Austausches zwischen den S u d e t e n d e u t s c h e n und den T s c h e c h e n; die deutschen Katholiken hoffen, daß schon die nächste Zeit einen p r a k t i s c h e n S c h r i t t in dieser Annäherung bringen werde.

Radiovortrag des Genossen Jaksch. Im Rahmen einer Vortragssolge von Politikern der Koalitionsparteien spricht am Donnerstag, den 26. März, zwischen 19.50 und 20 Uhr abends, Abgeordneter Genosse J a k s c h für die deutsche sozialdemokratische Partei im Prager Rundfunk. Zu dem gemeinsamen Thema: „Was uns verbindet“ sprachen bisher die Abgeordneten Večan und Šampí.

Das Ergebnis von Rom

Erweiterung auf Deutschland erst nach Garantie der österreichischen Unabhängigkeit

Rom. Die Verhandlungen Schuschnigg und Göring mit Mussolini wurden durch Abkommen beendet, die am Montag abends unterzeichnet wurden. Sie werden erst Dienstag veröffentlicht werden.

Wie verlautet, gab es große Differenzen zwischen Schuschnigg und Göring hinsichtlich der Möglichkeit der Erweiterung der Römischen Protokolle auf andere Staaten, da sich Ungarn das Recht vorbehalten wollte, ähnliche Verhandlungen, wie sie jetzt zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich geführt werden, auch mit Deutschland aufzunehmen.

Die ersten Voraussetzungen über den Inhalt der Vereinbarungen besagen, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei werden vertieft werden können, während mit Deutschland über eine Annäherung nicht verhandelt werden könne, solange Deutschland nicht die Unabhängigkeit Oesterreichs garantiert und sich verpflichtet, sich in dessen innere Politik nicht einzumischen. Für eine tatsächliche Einbeziehung der Staaten der Kleinen Entente in die römischen Protokolle sei allerdings die Aufhebung der Sanktionen nötig.

Hinsichtlich der Außenpolitik sollen sich Italien, Oesterreich und Ungarn neuerlich verpflichten haben, daß sie gemeinsam einen grundsätzlichen Standpunkt einnehmen werden.

20 Tonnen Bomben auf Dschidschiga

Abdis Abeba. Am Sonntag wurde die Stadt Dschidschiga von 27 italienischen Bombenflugzeugen mit Bomben belegt. Das Bombardement dauerte über eine Stunde und forderte viele Opfer. N. a. wurde das abessinische Krankenhaus und verschiedene Lager, die Europäern gehören, vernichtet. Auch das Lazarett des finnischen Roten Kreuzes wurde vernichtet, von seinen Patienten einer getötet und sechs verwundet. Unter den Opfern befindet sich kein finnischer Staatsangehöriger.

In Dschidschiga befindet sich das Hauptquartier der abessinischen Südarmerie. Montag morgens wurde Dschidschiga erneut von italienischen Fliegern bombardiert, ebenso auch die Stadt Dargabu.

Nach italienischen Meldungen wurde das Bombardement Dschidschigas von dem Oberkommandanten des Flugwesens General A a n z geleitet. Die italienischen Flieger tauchten ganz unerwartet über der Stadt auf. Die Fliegerabwehr sei nach einigen Minuten vernichtet worden. Die Italiener warfen mehr als 20 Tonnen Bomben ab und zerstörten Munitionsdepots und Magazine. Eine mächtige schwarze Rauchsäule deutete darauf hin, daß auch das Benzinlager getroffen wurde.

Weiters wurde die Hauptstadt von Sidamo, Er g a l e m, mit Bomben belegt, worunter sich viele Gasbomben befanden. Nach bisher unbestätigten Nachrichten ist die britische Ambulanz in Chigga (westlich von Gondar) mit Bomben belegt worden.

Nach italienischen Meldungen wird die Organisation des Nachschubes in den besetzten Gebieten ohne Unterlaß fortgesetzt. Neben den Lazarettzügen ist bereits eine Brücke von 110 Meter Länge gebaut worden.

Deutsche Spione verhaftet

Strasbourg. In den Abteingrenzdepartements wurden viele der Spionage verdächtige Personen verhaftet.

Wie die Wahlen „gemacht“ werden. Am ganzen Reich sind von der NSDAP sogenannte „Wahlverantwortliche“ bestimmt worden, die zwei bis drei Häuser zu beaufsichtigen und dafür zu sorgen haben, daß sämtliche wahlberechtigten Bewohner auch tatsächlich zur Wahl gehen. Dieser Spitzelapparat ist natürlich zur Einschüchterung bestimmt. Eine interessante Neuigkeit besteht auch darin, daß Kranke zum ersten Male in den Wohnungen abstimmen dürfen. Sie werden von einem dreißigjährigen sogenannten „Wahlanschauer“ aufgesucht, in dessen Weisheit sie „wählen“ dürfen. Sehr verständlich, denn die Wahlen braucht man ja bei dieser „Wahl“ sowieso nicht.

In Kürze

London. An Bord des Torpedobootzerstörers „Griffin“ wurde ein Sabotageakt verübt. Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung wird streng geheimgehalten. „Griffin“ ist von modernster Bauart und wurde erst im August des Vorjahres vom Stapel gelassen. Die Wasserverdrängung beträgt 1830 Tonnen.

Paris. Die farblichen Heberreste des griechischen Staatsmannes Venizelos wurden Montag nachmittags auf den Pioner Bahnhof gebracht, um nach Brindisi überführt zu werden.



Eröffnung des neuen spanischen Parlaments

Wird in die Deputierten-Kammer während der Wahl des neuen Kammerpräsidenten.

Tagesneuigkeiten

Von Island lernen!

Vor einiger Zeit berichtete die Presse von der Tot Professor Anaus', der einer armen Frau half, indem er ihre Schwangerschaft unterbrach und so verhielt, daß sie, die bereits Mutter von mehreren verkrüppelten Kindern war, abermals ein verkrüppeltes Kind zur Welt bringen mußte. Das Kind wäre tatsächlich — die Bilder des Fötus bewiesen es — verkrüppelt, mit Schwammhäuten zwischen den Fingern zur Welt gekommen. Professor Anaus handelte nach dem Worte Villroths, wonach nur ein guter Mensch ein guter Arzt sein könne, indem er der armen Frau einfach half, wiewohl er wußte, daß dies nach dem strengen Wortlaut des hier noch immer geltenden § 144 des Strafgesetzbuchs, der nur Lebensgefahr der Mutter als Indikation der Schwangerschaftsunterbrechung kennt, nicht erlaubt ist. Er nahm alle Konsequenzen auf sich, da er sich nach bestem Wissen und Gewissen zur Tat berechtigt, ja sogar verpflichtet fühlte, er handelte also sittlich.

In diesem Zusammenhange ist es nicht uninteressant, ein Gesetz zu betrachten, das bei weitem das modernste Gesetz aller bürgerlichen Staaten zu sein scheint, das von Island. Dieser kleine und von uns so ferne Staat gab sich am 28. Jänner 1935 ein „Gesetz über die Anleitung der Frauen zur Empfängnisverhütung und über die Unterbrechung der Schwangerschaft“, das in mannigfacher Hinsicht beispielgebend ist.

Nach § 1 dieses Gesetzes ist der Arzt, der feststellt, daß die Schwangerschaft für eine Frau aus Gesundheitsrücksichten mit einer Gefahr verbunden ist, v e r p f l i c h t e t, ihr dies mitzuteilen, sie zu warnen und ihr eine zur Verhütung der Empfängnis geeignete Anleitung zu geben. Ist aber die Feststellung einer solchen Gefahr noch nicht erfolgt, so kann die Frau — also jede — jederzeit den Arzt aufsuchen, der sie wenigstens über die Empfängnisverhütung aufzuklären hat.

Der isländische Arzt darf auch ohne weiteres operativ der Schwangerschaft ein für alle Male vorbeugen, wenn diese mit Lebens- oder Gesundheitsgefährdung verbunden ist. (§ 2)

Das neue isländische Gesetz kennt auch die s o z i a l e Indikation für Unterbrechung der Schwangerschaft. Bei Abschaffung aller Gefahren, die aus der Schwangerschaft resultieren können, hat der isländische Arzt zu berücksichtigen, ob die Frau mehrmals Kinder in geringen Zeitabständen, und das letzte vor kurzem geboren hat, sowie ob sie unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

Der Eingriff ist bei gegebener Voraussetzung innerhalb der ersten acht Wochen der Schwangerschaft zulässig, in besonders schweren Fällen aber innerhalb der ersten 28 Wochen.

Uns erscheint dieses Gesetz Islands durchaus den modernen gesellschaftlichen Erfordernissen angepaßt. Es ist im höchsten Grade wert, studiert und diskutiert zu werden.

Wieviel Elend könnte verhindert werden, gälte es nicht nur im fernen Island!

„Warum sind die Engländer so?“ Diese wichtige politische Frage versucht der international gut bekannte alte englische Publizist Wickham S t e e d in der letzten Nummer der neuen linksgerichteten Pariser Wochenchrift „Vendredi“ zu beantworten. Der Ausländer könne überhaupt kaum begreifen, was heute in den britischen Rep-

ten vorgehe. Der Engländer habe Angst vor dem Kriege. Man müsse übrigens verstehen: Angst vor dem Krieg zu haben ist keineswegs gleichbedeutend mit friedliebend zu sein. Gleichzeitig möchte der Engländer seine Verpflichtungen gegenüber Frankreich erfüllen. Aber England fühlt, daß sein Verteidigungssystem veraltet sei und daß sein Beitrag zur kollektiven Sicherheit heute nur unbedeutend sein kann. Die Engländer verstehen sehr gut, daß es heute um das Schicksal der abendländischen Zivilisation geht. Man weiß in England ausgezeichnet, daß alles, was wir für gut und schön halten, in Deutschland systematisch vernichtet wird. Wie kann man aus dieser furchtbaren Situation herauskommen? Vielleicht könnten alle freiheitsliebenden Nationen, wenn sie sich zusammenschließen würden, damit fertig werden. Wer lang aber dafür einsteht, daß die Anwendung der Gewalt gegen den Friedensstörer nicht zu Resultaten führt, die den erwarteten entgegengesetzt sind? Zweifel, drückende Zweifel, wohnen heute in der Brust jedes Engländers!

Tragödie im Dorfklub. Sonntag abends gab eine Gruppe von Dorfsofaken in der Gemeinde Lipovec eine Vorstellung. Auf zwei Pferden produzierte sich das Ehepaar Kupir. Aus bisher unbekannter Ursache scheuten die bei der Vorstellung verwendeten Pferde und die Partnerin Kupirs wurde in großer Höhe vom Pferde geschleudert und fiel auf das steinerne Bräutigeländer, wo sie bewusstlos liegen blieb. Sie erlag noch, bevor sie ins Krankenhaus gebracht werden konnte, während des Transportes in der Gemeinde Drahom. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß sie sich im dritten Monat der Schwangerschaft befand. Das Pferd, auf dem Kupir saß, lief in die Zuschauermenge und ließ die Anna Urbesová aus Prostějov, die in Lipovec zu Besuch weilte, zu Boden. Sie blieb bewusstlos liegen und erlitt innere Verletzungen, sowie eine Verletzung der Schädelbasis. Sie wurde sofort ins Krankenhaus nach Prostějov gebracht; ihr Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß. Kupir, der vom Pferde fiel, wurde nur leicht verletzt. Unter der Zuschauermenge entstand eine große Panik, wobei einige Personen verletzt wurden. Erst nach einiger Zeit gelang es, die Pferde einzufangen und unschädlich zu machen.

Ein Kopfschuss und seine späten Folgen. Bei Stahurth (Provinz Magdeburg) hat sich eine schreckliche Familientragödie abgespielt. Ein Beamter einer Unterverwaltung in Neudingen erschoss seine vier Kinder und seine Ehefrau. Er beging dann Selbstmord. Die Gründe, die ihn zu dieser Tat verleitet, sind noch nicht ganz geklärt, doch nimmt man an, daß er unter dem Druck eines schweren Herdenleidens handelte, das er sich im K r i e g e als Folge eines K o p f s c h u s s e s zugezogen hatte.

Im Vergewaltigt begraben. Bei einem Erdbeben in den schottischen Kohlengruben von Bardale wurde ein Vergewaltiger getötet. Man befürchtet, daß in dem Vergewaltigt vier bis fünf Arbeiter ums Leben gekommen sind. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Sacharinschnuggler erschossen. In der Nähe der jugoslawischen Grenze bei Komenda versuchten drei aus Oesterreich kommende Sacharinschnuggler mit Waren die Grenze zu passieren. Sie wurden jedoch von den jugoslawischen Grenzwehnen bemerkt, die den Sacharinschnugglern mehrere Schüsse nachsandten, als diese auf die Aufforderung, stehen zu bleiben, die Flucht ergriffen. Zwei der Sacharinschnuggler wurden auf der Stelle getötet, der dritte vermachte unerkannt zu entkommen. Bei den Leichen fand man je 28 Kilogramm Sacharin.

Reford in St. Ansfällen. Aus Oesterreich wird eine ganze Reihe von Unglücksfällen in den Bergen und bei Ausflügen gemeldet. Bei einem Stausflug auf den Hohe Tauern in der Umgebung von Leoben stürzte der 24jährige Schüler Franz Kauter aus Denavitz von einem Felsen ab und blieb in einer Schlucht mit zertrümmertem Schädel liegen. Auf dem Pfaffenkogel in der

Umgebung von Deutsch-Weißbühl stürzte der nach Graz zurückgehende Tourist Johann Holzer 70 bis 80 Meter tief ab und kam ums Leben. Am Schneeberg bei Wien stürzte die bekannte Eisbahrfahrerin Julie Huber, die erst kürzlich das Mont Blanc-Raffin mit den Tieren bewältigte, so unglücklich, daß sie sich einige Rippen brach und eine Gehirnerschütterung zuzog. In hoffnungslosigen Zustand mußte sie ins Krankenhaus gebracht werden. Ebenfalls am Schneeberg stürzte der Wiener Ingenieur Herbert Wörth in eine Schlucht und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu. Einen ähnlichen Unfall erlitt der Wiener Kapitänstratovant Karl Duhon am Groß-Benediger.

Verdächtige Brände. Montag vormittags brach im Anwesen des Josef Jakob in Benediktower, Bezirk Lafaco, ein Brand aus, der, wie man vermutet, gelegt wurde. Vor einigen Tagen brannte in der Nachbargemeinde Medvedovec ebenfalls ein Anwesen nieder. Auch hier handelte es sich um Brandlegung. In der letzten Zeit wurden auch einige Brände registriert, die sich als Versicherungsschwindel erwiesen. So wurden in der Gemeinde Strabiceb im Bezirk Lafaco zwei Landwirte verhaftet, die ihre Anwesen selbst angezündet hatten. Ende der vergangenen Woche wurde im Stall des Kaufmannes Ladislav Rokovic in der Gemeinde Visco im Bezirk Helle Verezo ein Brand gelegt. Es verbrannten sechs Kühe, drei Strohböden und das Stallgebäude. Es wurde der 27jährige Peter Jasko verhaftet, der am Abend vor dem Brande Rokovic mit einem Nachtsack gedroht hatte.

Tödliches Spiel. Die spanische Presse meldet, daß in dem Dorfe Beni Duzim in Spanisch-Marokko vier Verberinder eine Granate fanden, die explodierte. Alle vier Kinder wurden getötet.

Welches ist der teuerste Gefangener der Welt? Der deutsche Reichstag, einmal im Jahre versammelt sich die Mitglieder, hören den Geschäftsbericht ihres Dirigenten. Dann singen sie das Horst-Wessel-Lied. Und dafür bekommen sie ein Jahreshonorar von rund zehn Millionen Reichsmark.

Der letzte vom Stamme des Columbus. In einem alten, weiträumigen Palast in Madrid lebt völlig zurückgezogen der letzte vom Stamme des Columbus. Er trägt den Namen seines großen Vorfahren Christophor, wird aber in Madrid Don Cristobal genannt. Es ist der fünfzehnte in der Generationsfolge und sein Stammbaum geht direkt in männlicher Linie auf Diego Columbus, den Sohn des großen Entdeckers, zurück. Er hat an sich das Recht, sich immer noch Marquis von Jamaica und Fürst der Indien zu nennen. Er trägt aber den Titel Herzog von Verago. Der 57jährige Herzog ist ein fleischer Junge und beschäftigt sich mit Pferdezüchtung auf einem Gut in Toledo. Nach seinem Tode wird die männliche Linie von Columbus aufhören, zu existieren.

Die ersten Fliegerinnen. Die erste Frau, die in die Lüfte aufstieg, war eine Französin. Sie hieß Mademoiselle Thibie und wagte sechs Monate nach dem ersten Aufstieg der Brüder Montgolfier, am 5. Juni 1783, unter Leitung eines gewissen Monsieur Fleurant, einen Luftballonaufstieg, der ausgefallen gelang. Auch die zweite Frau, die sich als Fliegerin betätigte, ließ nicht mehr lange auf sich warten; es war die Engländerin Mrs. Sage im Jahre 1785. Die erste hingegen, die einen Nachtflug unternahm, war wieder eine Französin, die am 15. April 1811 aus Anlaß eines Festes für Napoleon sogar Feuerwerk an Bord eines Montgolfier anzündete. Aber diese Ehrenliste französischer Frauen geht noch weiter; denn im Jahre 1850 ließ ein französischer Aeronaut, Monsieur Boitevin, eine Kalesche mit einem Pferd und einer Dame als Passantin in einem Luftballon aufsteigen. Die Dame sprang dann mit einem Fallschirm ab. Dieser Kühnheit und gelungene Versuch erregte bei den Zeitgenossen das allergrößte Aufsehen.

Der tschechoslowakische Zirkuskönig gestorben. Im Wäinzer Siechenheim starb dieser Tage der letzte Chef des Zirkus Kudsky, Karl Kudsky. Der Verfall seines Zirkuses, größten tschechoslowakischen Ursprungs, war seinem Tode vorangegangen.

Wahrscheinliches Wetter von heute: In den böhmischen Ländern Bewölkungszunahme, aber nur ganz vereinzelt ein wenig Regen. Milder, verringerte Temperaturschwankungen zwischen Tag und Nacht. Winddreher gegen Südwest. Im Karpatengebiet wechselnd bewölkt, bis ziemlich heiter, tagsüber warm. — Wetteraussichten für Mittwoch: Kamenitich im Westen des Staates ein wenig kübler.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Mittwoch:

Prag, Sender B: 10.00: Deutsche Presse, 10.15: Deutscher Schulfunk für Unterricht, 10.35: Opernabend, 12.35: Sentes Konzerte, 13.40: Deutscher Arbeitsmarkt, 16.55: Theater für die Jugend, 18.10: Deutsche Sendung: Dr. Rouska: neue belehrende Bücher, 18.20: Arbeitererziehung: Dr. Walter Klein: Zehnjährige: Die Notwendigkeit des Meterschubes in der Kreislänge, 18.40: Sozialinformationen, 19.10: Kompositionen von Chopin, 19.55: Besuch im tschechoslowakischen Pressebüro, 21.00: Dr. Czech: Minister für Gesundheitswesen: Kritik und Kritik, 21.20: Rundfunkarbeiterkongress, Sender S: 7.30: Salonkonzerte, 14.15: Deutsche Sendung: Für die Jugend, 14.50: Deutsche Nachrichten, 18: Klavierkompositionen, 19.10: Slavische Lieder. — Brann 13.30: Arbeitsmarkt und Sozialinformationen, 17.40: Deutsche Sendung: Export nach Amerika, Rundfunkklub. — Freiburg 16.10: Nachmittagskonzert, 23.30: englische Tanzmusik. — Währisch-Stran 15: Nachmittagskonzert.

Reichstagskandidatur von Jung und Krebs — ein neuer Vertragsbruch des Dritten Reiches

Von Dr. Egon Schweiß

Den Zeitungsmeldungen von Sonntag ist zu entnehmen, daß sich auf der Kandidatenliste für die Wahl des sogenannten Deutschen Reichstages, die am 29. d. M. stattfinden soll, neben drei österreichischen Nationalsozialisten auch die ehemaligen deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten der tschechoslowakischen Nationalversammlung Jung, Rudolf Jung und Hans Krebs befinden.

Welche politische Bedeutung die Demonstration hat, daß dem künftigen deutschen Reichstag auch Vertreter Österreichs und der deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik angehören sollen, liegt auf der Hand. Es ist nicht Aufgabe dieses Aufsatzes, diese politische Seite der Sache zu beleuchten.

Die Angelegenheit hat aber auch erste juristische, eine völkerrechtliche Bedeutung.

Die Tatsache, daß die Herren Jung und Krebs auf der einzig zugelassenen, von Hitler geführten, offiziellen Kandidatenliste für die Reichstagswahlen figurieren, stellt nämlich den eklatanten Bruch eines gültigen, zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Deutschland abgeschlossenen Vertrages dar.

Voraussetzung für die Erlangung eines Reichstagsmandates ist die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit. Wenn Jung und Krebs in den Reichstag kandidiert werden, so müssen sie somit die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen.

Am 29. Juni 1920 hat das Deutsche Reich mit der Tschechoslowakischen Republik zur Regelung der Fragen der Staatsangehörigkeit einen besonderen Vertrag geschlossen. Am 12. September 1922 wurden im Prag die Ratifizationsurkunden ausgetauscht, wodurch der Vertrag internationale Wirksamkeit erlangt hat.

Dieser Vertrag enthält nun in seinem Artikel 13 nachstehende Bestimmung:

„Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, künftige Neuaufnahmen von Staatsangehörigen des anderen Teiles in ihren Staatsverband, soweit diese Neuaufnahmen nicht auf den Vorschriften des Friedensvertrages von Versailles beruhen, erst durchzuführen, wenn der andere Staat die in den Staatsverband neu aufzunehmenden Personen aus seinem Staate entlassen hat. Die Entlassung kann demjenigen nicht verweigert werden, der nachweist, daß er seinen Wohnort in das Gebiet des anderen Teiles verlegt hat oder im Begriffe ist, ihn dorthin zu verlegen. Sie gilt als nicht erfolgt, wenn der Entlassene beim Ablauf von sechs Monaten nach der Auswanderung der Entlassungsurkunde seinen Wohnort nach oder wieder im Gebiet des bisherigen Aufenthaltsortes hat.“

Es ist bekannt, daß Jung und Krebs bisher aus dem tschechoslowakischen Staatsverbande nicht entlassen worden sind. Beweis dessen ist der Umstand, daß man ja geradezu aus Anlaß ihrer Tätigkeit die Erlangung eines neuen Gesetzes anstrebt, durch welches das Ministerium des Innern in die Lage versetzt werden soll, in einem derartigen Falle den Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft auszusprechen.

Wenn nun Deutschland den Herren Jung und Krebs die Staatsbürgerschaft verliehen hat und sie zu Beamten beruft, für deren Erwerbung die Staatsbürgerschaft Voraussetzung ist, so hat Deutschland den erwähnten Prager Vertrag verletzt.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Handhabung des Vertrages sind zwei Organe vorgesehen, eine gemischte Kommission und ein händiges Schiedsgericht. Die gemischte Kommission besteht aus je zwei von den beiderseitigen Regierungen zu bestimmenden Vertretern. Die Kommission verhandelt nur die ihr von einer der beiden Regierungen zugewiesenen Fälle, und zwar zunächst schriftlich. Wenn es nicht gelingt, auf diesem Wege eine Übereinstimmung zu erzielen, so tritt die Kommission zwecks Erzielung dieser Übereinstimmung zu gemeinsamen Sitzungen unter abwechselndem Vorsitz zusammen. Gelangt die gemischte Kommission nicht zur Schlichtung eines Streitfalles, so hat sie ihn dem Schiedsgerichte abzugeben. (Artikel 14 ff des österr. Vertrages.)

Das Schiedsgericht besteht aus je einem von jedem der beiden Teile bestellten Schiedsrichter und einem dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden. Der Vorsitzende wird von den Schiedsrichtern gewählt. Kommt keine Einigung zustande, so wird der jeweilige diplomatische Vertreter des Königreiches der Niederlande in Prag oder in Berlin von der Regierung des Staates, in welchem das Schiedsgericht zusammentritt, ernannt werden. Den Vorsitz selbst zu übernehmen oder einen Vorsitzenden zu bestellen. Das Schiedsgericht ist händig und tritt abwechselnd in Berlin und in Prag zusammen. Das Schiedsgericht entscheidet durch Stimmenmehrheit. Der Mann gibt seine Stimme zuletzt ab. Bei Stimmengleichheit gibt seine Stimme den Ausschlag. (Artikel 18 ff des österr. Vertrages.)

Das Verfahren, durch welches der Vertragsbruch Deutschlands festzustellen ist, ist, wie

man sieht, im Prager Vertrage bereits eingehend geregelt. Durch den Prager Vertrag ist die tschechoslowakische Republik naturgemäß nicht gehindert, auch andere Maßnahmen zu ergreifen, die

sich nicht gegen die in der Kandidatur von Jung und Krebs liegende Verletzung des Prager Vertrages, sondern gegen die darin ausgedrückte unzulässige politische Demonstration richten.

Das Viermächteabkommen und die französische Presse

Die Pariser Presse hat in ersten Augenblick das Londoner Abkommen fast einstimmig ablehnend aufgenommen. Der einflussreiche parteilose „L'Intransigeant“ meinte höchst erbittert: „Der Schuldige distanziert den Richtern seinen Willen... Es gibt überhaupt keine Richter mehr, sondern bloß Menschen, die vor der physischen Gewalt eine panische Angst verspüren und die bereit sind, diese Gewalt als das höchste Gesetz anzuerkennen. Es gibt keine Richter und es gibt keinen Völkerbund mehr.“

„Paris Midi“ jagt die Situation folgendermaßen zusammen: „Man habe Deutschland das Recht der vollendeten Tatsachen zuerkennen. Frankreich beschäufte sich mit Jurisprudenz, England mit Politik und Deutschland handelt.“

Der bekannte rechtsstehende Journalist de Kerillys warnt im „Echo de Paris“ jene Rechtsstreife, die in ihrer Panik soweit gehen, eine Annäherung an Deutschland zu empfehlen. „Annäherung an Hitler? Ihr seid wohl verrückt geworden? Heute geht es um den Rhein, morgen um Österreich, übermorgen um die Tschechoslowakei... Es ist die Stunde gekommen, wo man die Faust fester an dem Schwertgriff drücken soll.“

Die Samstag- und Sonntagspresse beurteilt die Lage optimistisch, obgleich der Skeptizismus noch immer überwiegt. So schreibt der bekannte Publizist und Außenpolitiker Bla-

simir d'Ormesson in „Figaro“: „Der Plan eines neuen Locarno ist doch ein netter Spaß. Ich danke Ihnen, ich habe bereits geipfelt.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß Europa nun in eine neue Epoche der Erpressung eingetreten ist und daß Hitler keineswegs beabsichtigt, jetzt auf seinen rheinischen Lorber zu verzichten. Wir werden allerdings eine gewisse Atempause erhalten, bis die neuen Verstärkungen am Rhein vollendet sind. Danach wird eine neue Serie von Erpressungen beginnen.“

De Kerillys glaubt, daß Deutschland sich den Weg zum Schwarzen, Ägäischen und Adriatischen Meer bahnen will, um ein „Mittel-Europa“ von der Nordsee bis zum Mitteländischen Meer zu schaffen. Was für eine Bedeutung habe unter diesen Umständen „die neue Torte, die man uns in Gestalt irgendeines vervollkommenen Locarno vorlegen möchte? Ein neuer Schlag mit der Hitlerschen Faust auf den Tisch, und die ganze Torte liegt auf dem Boden!“

Der bekannte Pariser Außenpolitiker Perlinar schreibt im „Echo de Paris“: „Wir haben auf Sanktionen verzichtet, haben aber als Ersatz dafür den militärischen Prestige Englands gewonnen. Um mehr zu erreichen, hätte Frankreich am Tage nach dem 7. März eine allgemeine Mobilisierung erklären müssen. England hat seinerzeit die Verhängung der Sanktionen gegen Italien dadurch erreicht, daß es seine Flotte im Mitteländischen Meer mobilisierte.“

Kampffront der Arbeiter und Bauern in Schweden

Unter dem Titel „Schwedische Waldbauern im Klassenkampf, Fortschritte der Sozialdemokratie auf dem Lande“ bringt die „Frankfurter Zeitung“ einen interessanten Bericht über den Kampf der in der Holzwirtschaft Schwedens beteiligten Bauern gegen zwei Großunternehmungen, wobei sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaften solidarisch unterstützt werden. In Dalarna Gästrikland und Hpland haben sich 6000 Bauern zu einer Kampforganisation (KAB) zusammengeschlossen und sind am 1. November gegen die beiden Großunternehmungen in den Streik getreten, der am 19. Februar im wesentlichen zu ihren Gunsten abgeschlossen worden ist. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die sozialdemokratische Gewerkschaft der Waldarbeiter und Höfer mit ihren 2000 bei den gleichen Unternehmungen beschäftigten Mitgliedern in den Solidaritätsstreik traten. Der Kampf richtete sich gegen den bisherigen Zustand, daß die Gesellschaften allein mit dem Bauern einen Privatvertrag abschließen, der ihm auferlegt, auf eigene Rechnung ein bestimmtes Quantum Holz zu liefern, und es ihm überläßt, nun seinerseits als kleiner Arbeitgeber mit den Holzfällern zu verhandeln.

Die Bauern gingen von dem lobenswerten Grundsatze aus, sich nicht mehr als Zwischenglied zwischen Sägewerk und Waldarbeiter einschalten zu lassen.

Die Jugendorganisation des Bauernbundes hat gemeinsam mit den sozialdemokratischen Jugendbänden in ganz Schweden Streikfelder für die Bauern in Dalarna gesammelt. Durch die Vermittlung des Bauernbundes wurden außerdem ganze Wagonladungen mit Weizen und Roggenmehl in die streikenden Waldgebiete geschafft. So helfen Arbeiter und Bauern in Schweden einander, wenn es um ihre vom Kapitalismus bedrohten Lebensrechte geht.

Die hochkapitalistische nordische Holzindustrie hat die Waldbauern zu weit gedrückt, daß ihr Lebensstandard bereits dem des Arbeiters angeglichen ist. Die verschlechterte Lebenshaltung, die den Großunternehmungen in der Holzindustrie Riesengewinne ermöglicht, war der Anlaß zur Gründung des Bauernbundes KAB, der heute über 60.000 Mitglieder zählt. Aber nicht im Kampfe gegen die Arbeiter, so wie es hierzulande der Fall ist, suchen die schwedischen Waldbauern ihre Lage zu bessern, sondern durch ein solidarisches Auftreten mit ihnen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ noch vermerkt, dürfte sich diese gemeinsame Kampffront zwischen Arbeitern und Bauern auch bei den kommenden Reichstagswahlen in Schweden zugunsten der Sozialdemokraten auswirken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß diese die absolute Mehrheit erreichen.

Ein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Polen? Im „Paris Soir“ ist der Text eines Geheimvertrages zwischen Polen und Deutschland, der angeblich im Jahre 1935 unterzeichnet wurde, veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages sollen darin bestehen, daß die Warschauer Regierung sich verpflichtet, die deutschen Truppen in dem Falle durch das polnische Gebiet durchzulassen, wenn Deutschland einem unprovo-

zierten Angriff vom Osten oder Nordosten ausgesetzt wird. Die deutsche Regierung übernimmt dagegen die Verpflichtung, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit Polens mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Die beiden Staaten verpflichten sich außerdem im Falle von internationalen Komplikationen alle Maßnahmen vorher zu besprechen, die notwendig werden könnten.

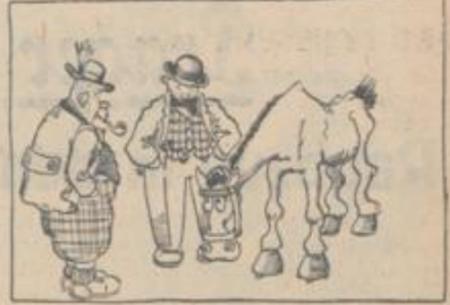
Ribbentrop und Eden. Wie man dem Pariser „Debut“ aus London meldet, habe die Unterredung zwischen Eden und Ribbentrop nicht wenig zur Klärung in der Stellungnahme der britischen Regierung beigetragen. Man behauptet, daß Ribbentrop seine Worte mit Kanariensalz auf den Tisch unterstreich. Auch soll er im Tone einer Drohung erklärt haben: Falls man auf uns in London nicht hören wird, wird die Welt das sehr bald bemerken! Die Engländer seien aber diesen Ton nicht gewohnt, und man sagt, daß die Taktlosigkeit von Ribbentrop Eden sehr verärgert hat.

Heftigung der italienischen Herrschaft in Albanien. „Politika“ (Belgrad) schreibt zu dem vor kurzem abgeschlossenen italienisch-albanischen Abkommen, daß mit diesem Abkommen die albanische Regierung die Politik der Balkan-Orientierung endgültig aufgegeben und sich völlig an Italien angeschlossen habe. Nach Informationen des Blattes hat das albanisch-italienische Abkommen im wesentlichen folgenden Inhalt: 1. Ernennung italienischer Instrukteure in allen Zweigen der albanischen Staatsverwaltung, besonders in der Armee. Der italienische Chef des Instruktionendienstes für die Armee, ein General, wird den Titel „Chef des königlichen Militärkabinetts“ führen. 2. Befestigung der Häfen von Naturna, im Hafen von Valona, wodurch die dem Hafen vorgelagerte italienische Insel Saseno geschützt werden soll. Schaffung einer selbständigen Verwaltung des Hafens von Durazzo, die sich ganz in italienischen Händen befindet, und eine Anleihe für die Durchführung aller notwendigen Hafenarbeiten. 3. Wiedereöffnung der im Jahre 1933 gesperrten katholischen Konfessionellen und italienischen Privatschulen in Albanien. 4. Gründung einer Agrarbank mit italienischem Kapital, Reorganisation des Tabakmonopols mit Hilfe italienischer Organisatoren und einer italienischen Anleihe, ferner Erweiterung der bestehenden italienischen Petroleumkonzession in Albanien. 5. Italien gewährt Albanien eine neue Anleihe von 40 Millionen Goldfranken in jährlichen Raten von acht Millionen Goldfranken.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ohne soziales Verständnis

Zu den Kreisen der Unternehmer in unserem Staate, die wohl die rückwärtslose Durchsetzung ihrer eigenen Privatinteressen vom Staate fordern, die aber jedes Verständnis für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft vermissen lassen, gehören die Unternehmer der Ziegelindustrie. Auf ihrer vor kurzem stattgefundenen Hauptversammlung haben sie eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Durchführung sie zur Profitsteigerung für notwendig erachteten. Es gehört dazu die völlige Beseitigung des Mieterschutzes, die gefällige Syndizierung der Ziegelindustrie und die Ausschaltung der Preiskommissionen, wie sie das Sozialfürsorgeministerium zur



Das Roß läßt aber ewig den Kopf hängen. Es ist oben zu stolz. Wenn Sie es erst ganz bezahlt haben werden, nachher werd'n's sehn, wie hoch es den Kopf trägt!

Heftigung der Baumaterialienpreise anstrebt. Außerdem aber fahnen die Unternehmer den Beschluß, mit den Arbeitern und Beamten keinerlei Kollektivverträge abzuschließen und die Löhne und Gehalte auf der Vorjahreshöhe festzuhalten, d. h. also, daß die Ziegelindustriellen auch bei einer Erhöhung ihrer Gewinne die Arbeiter dazu verurteilen wollen, sich mit den unverträglich niedrigen Löhnen, die ihnen in der schlimmsten Krisenzeit aufgezwungen worden sind, weiter abzufinden.

Ein solches Verhalten, das von einer stark reaktionären Geminnung zeugt, verdient die schärfste Verurteilung, und es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften diese Absichten der Unternehmer nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Gerichtssaal

Aus der Notkolonie

Fünf Schlafgäste und ein böses Ende

Prag. Viel Elend und Verkommenheit paart sich noch heute in den sogenannten Notkolonien draußen an der Prager Peripherie, obwohl nicht verkannt werden soll, daß die Bau- und Sozialämter in den letzten Jahren auf diesem Gebiete dankenswerter Arbeit geleistet haben. Einzelne dieser aus allem möglichen Abfall zusammengesetzten Hütten-siedlungen sind bereits verschwunden, soweit es gelang, für ihre Bewohner menschenwürdiger Wohnmöglichkeiten zu beschaffen. Andere haben durch die Mühe ihrer Insassen (fast durchwegs Arbeitslose oder Gelegenheitsarbeiter) wenigstens äußerlich ein freundlicheres Aussehen gewonnen und nach mehrfacher Säuberung von kriminellen Zusätzlern auch viel von ihrem fäulenden Ruf verloren. Aber immer noch gibt es Notkolonien, in denen heute noch die trostlosesten Zustände herrschen.

Die vier jungen Burichen, die gestern wegen schwerer Körperverletzung angeklagt waren, sind alle Unermittelter, aber lassen wir besser, Schlafgänger in einem jener schrecklichen Quartiere. Eigentlich waren ihrer fünf, die für je 10 Köpfe wohnfähiges Schlafloft einen Raum „bewohnten“, der nach normalen Begriffen knapp für zwei Insassen ausgereichte hätte. Als Schlafgelegenheiten fanden zwei Eisenbetten zur Verfügung, in denen je zwei der Schlafgänger zusammen schliefen. Der zuletzt Gekommene mußte mit einem dünnen Stroblat verkleben nehmen, der auf dem Fußboden lag und den restlichen Raum so steillich ausfüllte, was daraus hervorgeht, daß die Schlafgänger beim Aufstehen „über-einander westrichen mußten“, wie einer der Jüngsten lautete.

Am zweiten Raum der Hütte, in der dieser Fall spielt, haust die sechsöpfige Familie des Quartier-nebers. Solche Mannsvarianten auf winzigem Raum sind „da draußen“ keine Seltenheit.

Von den Schlafstätten, deren Namen hier keine Rolle spielen, sind zwei als Kurzarbeiter beschäftigt. Einer ist ganz arbeitslos und lebt von kleinen Gelegenheitsberufen und der Unterstützung. Die restlichen drei sind unbestimmten Berufes; nach Meldung der Polizei dürfte es sich um „Klink“ handeln, die von Zuhälterei, Kalkspiegel und allerlei kleineren Schwindelarten und Diebereien leben.

Unter den Schlafkameraden herrscht kein gutes Einvernehmen und es war schon wiederholt zu Reibereien gekommen. Unerröcklich wurde die Situation, als festgestellt wurde, daß unter ihnen ein Dieb war. Immer wieder verdrängten dem oder jenem Lebensmittel oder Geld. Die Diebstähle ereigneten sich regelmäßig nachts, wenn alle fünf im Quartier waren. Der Dieb, der nur einer von ihnen sein konnte, war so raffiniert, alschfalls sie und da vorzukäufen, daß er betäubt worden sei, denn von den Diebstählen wurden alle gleichmäßig betroffen.

Der Verdacht lenkte sich — lagen wir gleich; ugeredeterweise — auf den Arbeitslosen Jdenek A. Man kam annehmen, daß die wahren Täter betruhen den Unschuldigen beständig, denn gerade jene zwei „Klink“, Franz Dubik und Krans Krerner waren es, die mit den Verdächtigungen begannen. (Diese beiden werden sich übrigens noch wegen anderer Diebstahle zu verantworten haben.) Schritte nachzuweisen ist ihnen bezüglich dieser Diebstähle allerdings nicht.

Das Unglück wollte es, daß der arbeitslose Jdenek A. am Dreikönigstage einen Befehligen traf, der ihn ins Gasthaus mitnahm und freiließ. Jdenek kam spät und angegrauten nach Hause. „Ans beitrübt er und dann beaufst er sich!“ meinte einer der Wirtschäfer. Jdenek antwortete groß, ein Wort gab das andere und das Ende war, daß alle vier über ihn herfielen. Jdenek erhielt dabei einen Stieb über den Kopf, der eine schwere Gehirnerschütterung zur Folge hatte.

Der diesen Stieb geführt hat, konnte nicht aufgeklärt werden, da der Verdächtige die Hände vor den Kopf hielt und in dem halbunken Raum die Anareifer nicht unterscheiden konnte. Man stellte alle vier vor Gericht, da zweifellos alle an dieser Missetat beteiligt waren. Die unmittelbare Schuld an dem Stieb trifft indessen jeder.

Die Verhandlung wurde schließlich vertagt, ab.

